

Hitlers Finanzen von Quietus

Zum Kriegführen gehört Geld und dreimalhunderttausend SA.-Leute wollen ernährt sein. Es ist kein Geheimnis mehr, daß viele Erwerbslose nur deshalb den Weg zu dem Präsidentschaftskandidaten a. D. gefunden haben, weil die Zugehörigkeit zur SA. mit dem Empfang eines wenn auch kleinen Gehalts verknüpft war. Bis zum ersten Wahlgang ist alles ganz gut gegangen, die Gelder der Industrie flossen reichlich, außerdem machte man Schulden und vertröstete die Gläubiger damit, daß Hitler als Reichspräsident schon für die Begleichung der ansehnlichen Rechnungen sorgen werde. Aber am 13. März klappte das nicht so wie es sollte, und die Industrie zuckte zurück. Besonders zugeknöpft soll sich Herr Kirdorf verhalten haben, diese Quelle versiegte wie schon einmal. Am Montag, dem 4. April, erklärte der nationalsozialistische Abgeordnete Hinkel in einer Versammlung der berliner Vertrauensmänner, daß sich die Wahlunkosten bereits auf sechs Millionen Mark beliefen, von denen nur zweiundeinviertel Millionen gedeckt seien. So mußte das freiburger Nazi-Blättchen, „Der Alemanne“, damit nicht Wechsel platzten, sofort mit 30 000 Mark saniert werden; die Parteiorganisation in Hessen verfügt über das beachtliche Defizit von 325 000 Mark; in den übrigen Bezirken sieht es nicht anders aus. Da sich die In-

dustrie aber trotz allen Vorstellungen auf den Geldsack setzte und erst einmal abwarten wollte, wie der zweite Wahlgang auslief, mußte krampfhaft Ausschau nach neuen Geldgebern gehalten werden. Die einzigen Menschen, die in Deutschland auch heute noch außer den Schlotbaronen über flüssige Mittel verfügen, sind die so großzügig von der Republik gespeisten Hohenzollern und die übrige fürstliche Gesellschaft. 220 000 Mark bekam der Verlag Franz Eher durch die Vermittlung der Hohenzollern, und im ganzen ist es bisher eine halbe Million, die von dieser Seite der Hitlerbewegung zugeflossen ist. Nicht geringer wird die Summe sein, an deren Aufbringung der Herzog von Koburg, der Großherzog von Oldenburg, der Großherzog von Mecklenburg und vor allem der ehemalige Herscher im Reiche des Herrn Klagges, der Herzog von Braunschweig, beteiligt sind. Daß die hohen Herren derartige Summen nicht aus lauter Idealismus in dem Geschäft investiert haben, sondern nur auf Grund von Gegenleistungen, ist klar. Nur darum steht Auwi in der ersten Reihe Derer, die nach dem 24. April die nationalsozialistischen Bänke im preußischen Landtag drücken werden; ebenso wird uns nach der Machtübernahme durch Hitler der zur Zeit abwesende summus episcopus der preußischen Landeskirche wieder beglücken dürfen; auch ist Hitler gar nicht abgeneigt, eine Restauration der Erbmonarchie herbeizuführen, als deren Anwärter schon heute der älteste Sohn des wortbrüchigen Herrn von Oels zu gelten hat; und nicht zuletzt hat der Oberosaf eine Neuregelung der Abfindungsfrage zugesagt, weil die Fürsten bekanntlich zu schlecht weggekommen sind. Diese Tendenzen laufen offenkundig darauf hinaus, die bäuerlichen und die bürgerlichen Kreise noch fester an die NSDAP zu binden. Die Nazis als Erneuerer des Kaisertums! Und die Arbeiter, deren Zahl ja nicht unbeträchtlich ist und als deren Vertrauensleute wir Goebbels und Gregor Straßer bezeichnen dürfen, werden sie den monarchistischen Kurs mitmachen? Der Widerstand der SA. gegen die Kandidatur Auwis läßt das Gegenteil vermuten. Goebbels, der seinem Meister ohnehin nicht grün ist, und Gregor Straßer, der durch seinen Bruder Otto sowieso in den Augen Hitlers belastet ist, haben sich auch mit aller Energie dagegen gewandt, daß der Aufruf des Kronprinzen für die Wahl Hitlers veröffentlicht wurde. Ihr Hinweis, daß die noch heute revolutionären Elemente in der Partei keine Liebe zum Hause der Hohenzollern hegen, nutzte nichts. Es scheint so, als wolle Hitler seinen hier von mir schon mehrmals aufgezeigten Entschluß, sich dieser revolutionären Elemente mit allen Mitteln zu entledigen, auch auf diese Weise so schnell wie möglich in die Tat umsetzen. Auf dem Wege zu der großen deutschen antisemitischen Wirtschaftspartei sind die Arbeiter nur Hemmnisse.

Aber schließlich ist es kein ausreichendes Äquivalent für größere Subventionen, wenn man nur die Genugtuung haben soll; daß Auwi demnächst zu seinen sonstigen Einkünften auch noch die Diäten eines Landtagsabgeordneten beziehen wird. Es ist also zu verstehen, wenn angesichts des Umstandes, daß der Brauhnäusler immer nur Wechsel auf die Zukunft ausstellt, die abgetakelten Fürstlichkeiten nicht so reichlich mit Geldern

um sich werfen, wie das nötig wäre, um den Pleitegeier von den Kassen der Nazis zu vertreiben. Es ist allgemein aufgefallen, daß vor etwa einem halben Jahr, als Gerüchte von einer Vergebung des Benzinmonopols an Shell auftauchten, die ganze Nazipresse wie auf Kommando schwieg. Der Syndikus der Nordwestdeutschen Erdölindustrie in Hannover, der voller Unruhe zu den Nazis lief, um Auskunft über ihre Stellung zu der beabsichtigten Monopolvergebung zu erlangen, konnte von Hitler keine beruhigenden Erklärungen entgegennehmen; der Herr des Braunen Hauses war allen Fragen gegenüber, ob er etwas zum Schutze der deutschen Erdölindustrie zu unternehmen gedenke, taub — wahrscheinlich weil der Abgesandte nicht mit der ansehnlichen Summe von anderthalb Millionen englischer Valuta aufwarten konnte. Genau soviel nämlich hat Herr Deterding dem deutschen Arbeiterführer versprochen, wenn dieser ihm nach der Machtübernahme das deutsche Benzinmonopol verschachere. Eine laufende Gewinnbeteiligung von zwanzig Prozent sollte hinzukommen. Das ist gar nicht so phantastisch, wie es scheinen mag, wenn wir uns daran erinnern, daß die englische Rechtspresse — besonders die *Beaverbrook-Blätter* — die Nazis höchst wohlgefällig betrachtet, daß die Blätter der Nazis spaltenlange Auszüge aus diesen englischen Zeitungen bringen. Der Herzog von Koburg, den verwandtschaftliche Beziehungen mit der englischen Aristokratie verknüpfen, war es, der die Verbindungen anbahnte; Alfred Rosenberg, designierter Außenminister im Dritten Reich, und Herr Doktor Nyland, Leiter der nationalsozialistischen Auslandspropaganda, dessen Spitzelmethoden die ‚Weltbühne‘ vor kurzem dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis gab — diese beiden Herren wurden als Boten ausgesandt. Rosenbergs Audienz bei Chamberlain ist bekannt, seine und Nylands Verhandlungen mit Deterding gediehen schließlich bis zu dem oben skizzierten Abkommen.

Der schöne Traum, binnen kurzem werde Hitler im Reichstag als Präsident der Republik seinen Eid ablegen, ist geplatzt; Sir Henry Deterdings Benzinmonopol ebenfalls; und die anderthalb Millionen Pfund sind auch nicht da. Hitler wird sich also noch heftiger dem deutschen Adel verkaufen müssen, um seine Schulden loszuwerden. Das wird aber nicht ganz einfach sein. Er, den ich noch vor einem Jahr mit Recht als Kitt der Partei bezeichnen konnte, steht heute keineswegs mehr so fest da. Das letzte Mittel, an der Macht zu bleiben, versagte: Hitler unterlag im Wahlkampf. Unvermeidlich werden nun die internen Auseinandersetzungen beginnen. Die SA. revoltiert schon wieder einmal, ihr paßt, wie gesagt, die ganze Liebedienerei vor den Hohenzollern nicht, und auch der Benzinduft der Sache mit Shell ist ihr schon lange peinlich in die Nase gestiegen. Daß die Absichten der Herren Goebbels und Gregor Straßer, Hitler vom Throne zu stoßen, ihn zum „Ehrevorsitzenden“ avancieren zu lassen und Gregor Straßer zum Parteiführer zu machen, sich nicht so schnell werden verwirklichen lassen, verdankt Hitler diesmal der Regierung Brüning. Sie hat durch die Auflösung der SA. Goebbels' und Straßers schärfste Waffe stumpf gemacht.